

Von: ulrich.kelber@bundestag.de
Betreff: AW: Was passiert nach der Wahl? Karten auf den Tisch!
Datum: 24. September 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie hoch die Krisenkosten für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen – und damit für die Steuer- und Beitragszahler – dann insgesamt sein werden, ist auch jetzt noch nicht und von niemandem vorhersehbar.

Wer davon spricht, die Verursacher der Finanzkrise erhielten vom Staat zur Krisen- und Verlustbewältigung Milliardenbeträge im dreistelligen Bereich, polemisiert unzulässig. Bisher sind die zur Stabilisierung der Finanzmärkte ausgegebenen Garantien und Kredite noch nicht ausgefallen, so dass der Steuerzahler dafür noch nicht in Anspruch genommen worden ist. Und das ist auch für die Zukunft so gut wie nicht zu erwarten.

Fest steht allerdings bereits, dass die öffentlichen Haushalte in diesem, im nächsten und wohl auch in den Folgejahren massiv angestiegene Defizite zu verkraften haben, und dass die Beitragseinnahmen der Sozialkassen weit unter den bisherigen Plänen bleiben werden.

Eine Besserung dieser Situation wird nur dann eintreten, wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland schnell wieder ein Niveau wie in den letzten Jahren erreicht und wenn es dabei zu ähnlichen Beschäftigungszuwächsen und Steuer- und Beitragsmehreinnahmen kommt. Dazu gehört, dass die Politik nicht den Fehler begehen darf, durch eine zu frühe „Exit-Strategie“ die konjunkturelle Erholung wieder abzuwürgen.

Noch im ganzen nächsten Jahr wird es darum gehen, die ansteigende Zahl der Arbeitslosen zu finanzieren und ihnen eine Perspektive zu eröffnen.

Spezielle Konsolidierungsmaßnahmen sind – wenn überhaupt - sozial ausgewogen zu gestalten. Die Zeche dürfen nicht die sozial Schwächeren zahlen, die nicht für die aktuelle Krise verantwortlich sind.

Stichworte wie die von Ihnen genannte Erhöhung der Mehrwertsteuer oder auch die „Rente ab 69“ kommen für uns nicht in Frage. Schrumpfung der Leistungen der GKV haben wir in der großen Koalition erfolgreich abgewehrt.

So wünschenswert es ist, dass diejenigen, die für die Finanzkrise verantwortlich sind oder die von ihr profitieren, zur Tragung der Kosten herangezogen werden, darf darüber nicht vergessen werden, dass es zunächst einmal darum geht, die Finanzmärkte so weit zu stabilisieren, dass sie vor allem ihrer Funktion, die Wirtschaft mit dem nötigen Geld bzw. Kredit zu versorgen, gerecht werden können. Auch ist es nicht immer so einfach, genau zu bestimmen, wer für was verantwortlich ist.

Die Forderungen von Attac finden bei der SPD Gehör. Im Gegensatz zu Attac ist allerdings die SPD in der Situation, für Veränderungen parlamentarische Gesetzmehrheiten organisieren zu müssen. Deshalb ist die SPD wie vor jeder Legislaturperiode auch jetzt vor der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages aufgerufen zu überlegen, was an politischen Maßnahmen geht und was nicht, und ein entsprechendes Wahl- bzw. Regierungsprogramm zu formulieren.

Wir glauben, dass wir bzgl. der in Ihrer Mail genannten Attac-Forderungen für die nächsten Jahre organisieren und durchsetzen können

- eine stärkere „Reichensteuer“
- eine Austrocknung der Steueroasen
- stärkere Regeln für die Finanzmärkte.

Mit einer Börsenumsatzsteuer bzw. bei entsprechend internationaler Zustimmung mit einer Finanztransaktionssteuer wollen wir an den Krisenursachen und bei den Verursachern ansetzen.

Dazu bedarf es einer möglichst starken SPD am 27. September.

Mit freundlichem Gruß
Ulrich Kelber
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Büro Berlin - Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 700 26 - Fax: 030 - 227 76 008

Büro Bonn - Clemens-August-Str. 64, 53115 Bonn
Tel: 0228 - 280 31 35 - Fax: 0228 - 280 31 36

www.kelber.de

www.twitter.com/ulrichkelber

<http://de-de.facebook.com/people/Ulrich-Kelber/688139531>

Kommentar von Detlev von Larcher, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises:

Herr Kelber empfindet es als unzulässige Polemik, wenn man davon spricht, dass dreistellige Milliardenbeträge an die Verursacher der Krise fließen. Obwohl diese Zahl in der E-Mail an die Abgeordneten überhaupt nicht genannt wird, ist es doch interessant, sich die Größenordnungen der Bankenrettungen einmal vor Augen zu führen: Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), der im Oktober 2008 – auch mit den Stimmen der SPD – ins Leben gerufen wurde, verfügt über ein Gesamtbudget von 480 Milliarden € für Bürgschaften und Beteiligungen, das der Kontrolle des Bundestages faktisch entzogen ist. Allein die Rettung der IKB im Jahr 2007 hat den Bund etwa 10 Milliarden € gekostet, für die Hypo Real Estate gibt es Bundesbürgschaften von über 80 Milliarden € und einen stetig wachsenden Eigenkapitalbedarf, der kaum absehbar ist, von Experten aber auf mindestens 20 Mrd. € geschätzt wird. Hinzu kommen die langfristigen Risiken aus den Bad Banks, die letztlich auch beim Bund liegen. Das alles zusammen genommen, kann man durchaus von dreistelligen Größenordnungen sprechen.

Wer wofür verantwortlich ist, sei nicht leicht auszumachen, sagt Herr Kelber. Für die Deregulierung sind die Politiker, in Deutschland vor allem die rot-grüne Koalition der Schröder-Jahre verantwortlich. Die Profiteure auf den Finanzmärkten sind ebenfalls leicht ausfindig zu machen, um sie für die Krisenkosten heranzuziehen.

Eine stärkere Reichensteuer, die Austrocknung der Steueroasen, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte greift Herr Kelber auf, das ist gut. Auch Börsenumsatzsteuer und Finanztransaktionssteuer befürwortet er. Er lehnt es ab, die Schwächeren für die Krisenkosten aufkommen zu lassen. Klingt alles gut. Die Frage bleibt, warum die SPD an einer Wirtschaftsstruktur und an einem Steuerrecht mit gebaut hat, welche die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher machen. Die Situation gab es schon unter Helmut Kohl. Rot-Grün hat sie sehenden Auges verstärkt und auch die Deregulierung der Finanzmärkte (Beendigung der „AG-Deutschland“, Zulassung von Hedgefonds und des Derivate-Handels usw) gegen Widerstand aus den eigenen Reihen betrieben.